



Antwort zur Anfrage Nr. 0743/2026 der SPD-Stadtratsfraktion betreffend
Kürzungspläne im Sozialbereich auf Bundesebene (SPD)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Stadtverwaltung über die konkret diskutierten Kürzungspläne und deren mögliche Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Mainz vor?

Am 16.04.2026 hat der Paritätische Gesamtverband ein internes Arbeitspapier zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden veröffentlicht. Konkrete mögliche Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Mainz können zum jetzigen Zeitpunkt nicht bewertet werden. In seiner Gänze ist das Arbeitspapier jedoch ein radikaler Einschnitt in die Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe und damit in die Möglichkeit marginalisierter Gruppen auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland.

2. Welche Position vertritt der Deutsche Städtetag zu den angekündigten Maßnahmen, und wie wird diese Position innerhalb des Verbandes gebildet?

Anlässlich der letzten Hauptausschusssitzung im Januar 2026 in Dresden wurde diesbezüglich folgende Sichtweise vertreten:

Die Leistungsausweitungen der vergangenen Jahre in den Blick nehmen

In den vergangenen zehn Jahren sind staatliche Leistungen in vielen sozialen Bereichen noch einmal deutlich ausgebaut worden – von Bund und Ländern beschlossen, oft zum finanziellen Nachteil der Kommunen. Bund und Länder müssen sich gemeinsam mit uns ehrlich machen: Wir müssen einen Blick darauf werfen, ob sich die Leistungsausweitungen der vergangenen Jahre im jetzigen System noch finanzieren lassen.

Wir müssen uns die Frage auch selbstkritisch stellen: Wären die neuen Leistungen damals auch dann beschlossen worden, wenn die Situation der öffentlichen Haushalte damals schon so gewesen wäre, wie sie heute ist? Und wir müssen den Leistungskatalog in vielen Bereichen kritisch überprüfen:

Haben die Menschen wirklich von den – oft extrem teuren – Reformen profitiert?

Zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe hat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände jüngst die beigefügte Stellungnahme an das zuständige Bundesministerium gesandt. Hinweise aus den Kommunen sind in diese Stellungnahme eingeflossen.

Der Deutsche Städtetag hat Fachausschüsse für verschiedene Themen gebildet, so beispielsweise auch den Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie, welcher die in der Anfrage genannten Themen bearbeitet. Aus Rheinland-Pfalz gehören diesem Ausschuss zwei Mitglieder (aus Worms und Kaiserslautern) an.

3. Welche Rolle nimmt der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz in den Gremien des Deutschen Städtetages ein?

Oberbürgermeister Haase ist – entsandt durch den Städtetag Rheinland-Pfalz – Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages und nimmt regelmäßig an dessen Sitzungen (3x jährlich) teil.

Des Weiteren nimmt er als Vertreter des Mitglieds Landeshauptstadt Mainz regelmäßig an den im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Jahreshauptversammlungen teil.

Darüber hinaus ist Herr Oberbürgermeister Haase stellvertretendes Mitglied des Vorstandes des Städtetages Rheinland-Pfalz sowie Mitglied im Ausschuss für Recht, Personal, Organisation und Verwaltungsmodernisierung des Städtetages Rheinland-Pfalz.

Er nimmt als Vertreter des Mitglieds Landeshauptstadt Mainz an den Mitgliederversammlungen des Verbands teil.

In allen diesen Gremien werden regelmäßig auch vorbereitende Beschlüsse zur Weiterleitung an den Deutschen Städtetag gefasst.

4. Erfolgt hierbei eine enge Abstimmung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Sozialdezernat, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung der möglichen Auswirkungen auf kommunale Angebote und Trägerstrukturen?

Die Bearbeitung von Städtetagsangelegenheiten erfolgt im Sachgebiet Gremiendienst.

Rundschreiben der Verbände, Mitteilungen, u.ä. werden von dort regelmäßig an die tangierten Fachdienststellen weitergeleitet.

Im Vorfeld von Sitzungen der Verbände werden von den tangierten Fachdienststellen durch das Sachgebiet Gremiendienst i.d.R. Stellungnahmen und Einschätzungen abgefragt, um die Position der Landeshauptstadt Mainz fundiert darstellen und vertreten zu können.

Mainz, 04. Mai 2026

gez.

Nino Haase
Oberbürgermeister